

Unser Impuls für eine Diskussion in der Stadtgesellschaft

Zum ersten Mal hat es in unserer Stadt massenhafte sexualisierte Gewalt gegen Frauen an einem öffentlichen Ort gegeben. Diese Gewalt wurde unter den Augen der eingesetzten Polizei ausgeübt und trotzdem konnte den Frauen nur begrenzt geholfen werden.

Nach den bisherigen Erkenntnissen sind die mutmaßlichen Täter in ihrer Mehrzahl junge Männer mit Migrationshintergrund gewesen. Sie sollen vor allem aus den Maghreb-Staaten (Marokko, Algerien und Tunesien) kommen. Dabei ist vieles noch unklar, ob es sich um junge Männer handelt, die seit längerem illegal in Europa / Deutschland leben und / oder auch um solche, die erst seit kurzem hier Schutz gesucht haben.

Es gibt einen erheblichen Diskussionsbedarf in unserer Stadtgesellschaft

Es braucht eine klare Position gegen sexuelle Gewalt und diejenigen, die die Gewalt ausüben und relativieren.

Wir sind gegen Antisemitismus, Rassismus und Sexismus und unterstützen die Initiative #ausnahmslos.

Viele Flüchtlinge haben klar und eindeutig Position bezogen gegen die sexualisierte Gewalt und die Tatverdächtigen.

Wenn die Diskussion über die Übergriffe in Köln und ihre Ursachen mit halbherzigen Erklärungen beschwichtigt wird, besteht die Gefahr, dass die Willkommenskultur Schaden leidet und die sexuelle Gewalt unter den Tisch fällt.

Wir wollen über folgende Punkte diskutieren:

Führt die **soziale Lage** im Maghreb und die Erziehung in einer von einem unreflektierten Religion Islam und **patriarchalischen Verhältnissen** bestimmten Familie zu solchen Auswüchsen? Dies gilt besonders für das Machogehabe sowie die auch durch eine spezifische Interpretation der Religion legitimierte Ungleichheit von Frauen und Männern.

Diese Diskussion zu führen ist der beste Weg um Verallgemeinerungen und rassistische Zuschreibungen zu vermeiden und all denen entgegenzutreten, die dies betreiben.

Diese Diskussion und mögliche Schlussfolgerungen können aber nur unter einer Prämisse geführt werden. Dies ist das Gebot des Artikel 1 unseres Grundgesetzes:

„(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Daraus lassen sich folgende Handlungsaufträge ableiten:

Erstens: Die Opfer müssen umfassend betreut und die an ihnen begangenen Verbrechen aufgeklärt werden.

Zweitens: Die Täter müssen nach vorhandenem Recht bestraft und dann wie im deutschen Strafrecht bzw. Jugendstrafrecht vorgeschrieben wieder in die Gesellschaft resozialisiert werden.

Abschiebung ist keine Lösung, denn sie lässt sich meistens nicht umsetzen und führt zu einem Abtauchen in die Illegalität mit allen negativen Folgen.

Drittens: Wir brauchen eine breite Bewegung für die Würde der Menschen

Sexuelle Übergriffe und sexuelle Gewalt haben in der Vergangenheit nicht die Aufmerksamkeit wie heute erhalten. Die vorhandenen Defizite – wie sie die feministischen Organisationen aufzeigen - sind mit deren Forderungen zu erfüllen. (Stellungnahme von LILA IN KÖLN unter www.lila-in-koeln.de)

Sexualisierte Gewalt ist ein Angriff auf die Menschenwürde, egal ob sie im privaten Umfeld oder im öffentlichen Raum statt findet, egal mit welchem kulturellen oder religiösen Umfeld auch immer sie gerechtfertigt wird. Dem müssen sich auch die Migrantinnen und Migranten stellen und damit auch die verschiedenen islamischen Kulturen und Religionsgemeinschaften.

Viertens: Die Flüchtlingspolitik muss humaner werden, auch wenn ein Teil der öffentlichen Meinung und große Teile der Politik auf Abwehr und Abschiebung setzen

Es geht um die Anerkennung der Rechte der in Deutschland Schutz Suchenden nach der Genfer Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention und dem Grundgesetz. Flüchtlinge sind nicht gleich. Sie flüchten aus begründeter Angst vor Verfolgung ebenso wie auf der Suche nach einem besseren Leben oder um ihre Familien in der Heimat zu ernähren. Alle diese Menschen haben ohne Ausnahme ein Recht auf ein faires und zügiges Verfahren nach rechtsstaatlichen Grundsätzen und geltendem internationalen Recht.

Fünftens: Deutschland ist ein Einwanderungsland – daraus ergibt sich eine Integrationsaufgabe für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft auf der einen und den Menschen, die zuwandern auf der anderen Seite.

Gefordert ist die klassische professionelle und der Zielgruppe angemessene Sozialarbeit, die auch die kulturellen Dimensionen einbezieht. Dies gilt besonders für das Frauenbild und das männliche Machogehabe sowie die auch durch die Religion legitimierte Ungleichheit von Frauen und Männern. Gerade dieses Frauenbild der dem Manne unterworfenen Frau führt dann im Umgang mit Frauen eines anderen Kulturkreises zu einer Einstellung, in ihr das jederzeit verfügbare Objekt zu sehen.

Erfolgreiche Integrationsarbeit mit Männern aus Herkunftsländern mit ähnlichen kulturellen Einstellungen (Türkei, Russland, ehem. Jugoslawien) war möglich und hat gute Erfolge gezeigt. Nicht Abschiebung, sondern mehr und gezielte Integration

muss die Antwort sein. Wir sind uns bewusst, dass die Integration in einer Gesellschaft, in der die Armen ärmer und die Reichen reicher werden, allein mit Sozialarbeit und Pädagogik nicht gelingen kann. Nicht nur Menschen müssen sich ändern, auch die Verhältnisse, die die sozialen Ungleichheiten verschärfen, müssen geändert werden.

Alle Runden Tische und Gremien, die sich mit diesem Thema beschäftigen, sollten auch mit Fachleuten aus der sozialen Arbeit, den Organisationen gegen sexuelle Gewalt sowie VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft besetzt werden.

Die Fehler und Mängel einer unzureichenden interkulturellen Integration der Vergangenheit zeigen heute ihre (Aus-)Wirkung:

- Es braucht mehr Präventionsangebote für Mädchen und Jungen, Frauen – und Männer
- Ein besseres Hilffssystem für die Opfer
- Eine nachhaltige Täterarbeit, die den Täter aus der Kriminalität herausholt,.
- Eine veränderte Ordnungspartnerschaft und gute Polizeiarbeit mit sozialräumlichen Bezug.

Für ein Einwanderungsland müssen klare Regeln aufgestellt werden, die an alle Menschen zu vermitteln sind. Die Würde des Menschen und in diesem Sinne die Würde und Selbstbestimmung der Frauen und Männer ist anzuerkennen und dass jeder/jede das Recht auf Schutz und Hilfe hat.

Dr Lale Akgün, Psychotherapeutin
Prof Dr Dani Kranz, Soziologie und Methoden der empirischen Sozialforschung
Franco Clemens, Streetworker, Leiter von Jugendzentren und Flüchtlingscamps.
Dozent im Bereich Befriedung sozialer Brennpunkte und der Entstehung von poli. und religiösen. Extremismus aus dem sozialem Kontext heraus.

Andreas Hupke, Bezirksbürgermeister Köln Innenstadt
Klaus Jünschke, Kölner Runder Tisch für Integration
Roland Schüler, Mediator BM, Geschäftsführer Friedensbildungswerk Köln
Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Kölner Runder Tisch für Integration

Köln, 27. Januar 2016

Weitere Unterzeichner: (Stand 10.02.2016)

Christoph Bex, Geschäftsführer RheinFlanke gGmbH, Matthias W. Birkwald, MdB DIE LINKE, Dr. Fritz Bilz, Peter Busmann, Uwe Fischer, Harriet Langanke, Frauke Mahr, Pfarrer Hans Mörtter, Helga Jochems, Dorothee Joachims, Lobby für Mädchen e.V., Claudia Pinl, Dr. Martin Stankowski, Claudia Wörmann-Adam, Dr Damian van Melis